

# VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

**Pariser  
Commune**  
**Schwer-  
punkt EU**

**Ja zum Denkzettel für die Regierung - Nein zur FPÖ**

# EU: Belogen und Betrogen

Sozialistische Linkspartei / SLP  
Österreichische Sektion des CWI/RAI  
Raisersstraße 14/11; A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
slp@gms

*Am 13.10. 1996 finden in Österreich die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Propagandaseifenblase der Regierung vor dem Beitritt ist inzwischen geplatzt. Statt neuen Arbeitsplätzen und mehr Geld (Ederer-Tausender) kamen Sparpakete und die höchste Arbeitslosigkeit seit 40 Jahren. Alles spricht dafür, bei den Eurowahlen den Stimmzettel zum Denkzettel zu machen. Einen Denkzettel auszuteilen, kann aber sicher nicht bedeuten, die Obersozialabbauer von der Haider-Partei zu unterstützen.*

von David Mum  
Landesgruppe  
Niederösterreich

Zum ersten Mal seit der EU - Beitrittsabstimmung vom 12.6.1994 besteht die Möglichkeit, über die Europapolitik der Parteien abzustimmen. Waren vor zwei Jahren fast 2/3 der ÖsterreicherInnen für den Beitritt, so hat sich das Verhältnis heute umgedreht. Eine Koalition, bestehend aus der Bundesregierung, den wichtigsten Interessensvertretungen, dem ORF und den bürgerlichen Medien von Krone bis Standard, führte damals die Propagandatrommel für die EU.

**Reden wir darüber**

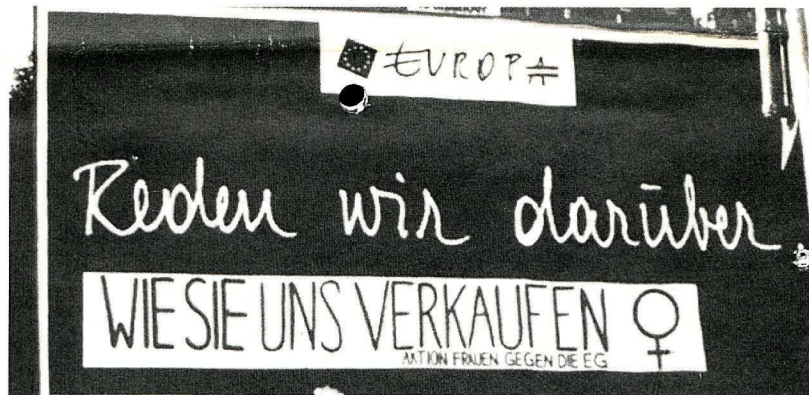
Wachstumsimpulse, mehr Arbeitsplätze, natürlich keine neuen Steuern in einem Europa, in dem Österreich die soziale Dimension stärkt, wurden versprochen. Das Gegenteil ist eingetreten. Daran ändert auch die jetzige Wiederaufnahme der aus Steuergeldern finanzierten „Reden wir darüber“ - Kampagne nichts.

Die SPÖ warb mit Inseraten wie „Ja zu Europa. Ja, denn Europa bringt mehr (!) Arbeitsplätze“. Das Wirtschaftsforschungsinstitut veröffentlichte eine Studie über die Folgen des Beitritts, die der Standard am 28.5.94 so vorstellte: „Mehr Arbeitsplätze - höheres Wachstum.“ Das klingt heute angesichts der bis zu 300.000 Arbeitslosen und einer Wachstumsrate

von nicht einmal einem Prozent, ungewollt sehr grotesk. Vranitzky verkündete, „es werde jedenfalls keine neuen Steuern geben.“ Er hat damals argumentiert, daß es durch den Beitritt zu derartigen Wachstumsimpulsen kommt, daß bei den gleichen Steuersätzen das Steueraufkommen so stark steigt, daß damit die Kosten des EU-Beitritts finanziert werden können. Nur blinde Naivität, Nichtbeherrschen des Einmaligen oder bewußte Falschinformation der Bevölkerung können diese Argumentation erklären. Statt europaweitem Wachstum kamen europaweite Sparprogramme. Im Namen der Währungsunion - Stichwort Maastricht - gibt es nicht nur neue Steuern (Energie, Tabak ...), sondern den größten Angriff auf soziale Rechte in der Geschichte der 2.Republik. Von der sozialen Dimension Europas, die die Sozialdemokratie gemeinsam im Europäischen Parlament stärken wollten, hat man seit dem Beitritt nichts mehr gehört, geschweige denn bemerkt. Dieses Schlagwort hat seine Schuldigkeit getan.

**Protestwahl**

Der berechtigte Unmut wird sich bei den Europawahlen ausdrücken. Nicht zuletzt deshalb, weil das EU-Parlament eine völlig bedeutungslose Einrichtung, ohne jegliche Kompetenzen ist. Wie die Entscheidungen fallen, hat sich zuletzt beim genmanipulierten Getreide gezeigt: 14 Staaten dagegen, einer dafür - und es gibt



kein Verbot für dieses Produkt. Einmal mehr hat sich die Lobby der Großkonzerne durchgesetzt.

Wir verstehen und unterstützen jede/n, der bei diesem Wahlgang einer Regierungspartei die Stimme verweigert. Das trifft gerade auf die SPÖ zu. Sie stellt sich in diesem Wahlgang als DIE Europapartei schlechthin dar. Außer leeren Phrasen hat sie nichts anzubieten.

Die ÖVP, die sich nicht entblödet, Karl Habsburg an Stelle 2 zu nominieren, präsentiert sich damit auch von ihrer reaktionärsten Seite. Europapolitik, das bedeutet bei der ÖVP immer Politik für die Multis, für Auf-rüstung und Integration in ein Militärbündnis. Auch gesellschaftspolitisch hat diese Partei ein paar neue Schmanckerln: z.B. tritt Habsburg für das patriarchale Familienwahlrecht ein. Die Eltern/der Vater sollen für die Kinder mitwählen.

Die Gefahr, die sich stellt, ist, daß es der FPÖ gelingen wird, sich als einzige relevante Oppositionspartei zu profilieren. Dies umso mehr, als bei den Grünen mit Chorherr die EU-Befürworter immer stärker den Ton angeben. Wenn der Protest mit Slo-

gans wie „Österreich zuerst“ oder „Österreich den Österreichern“ verbunden ist, dann wird er auf rechte, nationalistische Mühlen geleitet.

Das zu verhindern, ist die Aufgabe der Linken. Wir wollen nicht Österreich gegen Europa stellen, sondern eine sozialistische Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen gegen die herrschende Politik des Sozialabbaus.

Daher sagen wir: **Nein zum EU-Beitritt, Nein zu Maastricht und Nein zum Europa der Konzerne. Wir sagen aber auch Nein zu jeder rechten und ausländerInnenfeindlichen „Anti-EU“-Politik.**

Dies kann man bei den Europawahlen am besten ausdrücken, wenn man eine linke Option, die massiv gegen Sozialabbau auftritt, wählt.

**NEIN** zum Europa der Konzerne!

**JA** zum Europa der Arbeitnehmer!



VOR 125 JAHREN:

DIE PARISER COMMUNE

Vor 125 Jahren fand die erste proletarische Revolution in der Geschichte statt. Mit der Errichtung der Pariser Commune übernahm zum ersten Mal die Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht. Über die Ziele der Revolution, ihre Fehler und den Grund ihrer Niederlage berichtet dieser Artikel.

von Romana Felix, Gruppe Wien Nord

In den Jahren 1870/71 herrschte Krieg zwischen Frankreich und Deutschland. Napoleon III. und der Großteil der französischen Armee wurden nach vernichtenden Niederlagen bei Sedan und Metz gefangen genommen. Paris war von deutschen Truppen belagert.

Um die Stadt gegen den drohenden Einmarsch der Preußen zu wappnen, wurde die Pariser Nationalgarde reaktiviert. Alle arbeitslosen, waffenfähigen Männer erhielten Uniformen und Waffen der Nationalgarde. Deren Mannschaftsbestand wurde derart aufgestockt, daß sie nach wenigen Wochen eine Streitmacht von 134 Bataillonen umfaßte. Fast 300.000 Pariser standen unter den Waffen.

Entwaffnung der Nationalgarde?

Die Masse der Bevölkerung in der belagerten Stadt litt nicht nur unter Nahrungsmangel, sondern auch unter den Folgen eines extrem kalten Winters. Noch schneller als die Essensvorräte ging das Feuerholz zur Neige. Am 28. Jänner 1871 schließlich wurde aufgrund der Niederlage der französischen Armee der Waffenstillstand mit Preußen geschlossen. Als Gegenleistung für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln mußte der Befestigungsring um Paris vollständig an Preußen übergeben wer-

Solidaritätsgedächtnis für die Pariser Commune in London



den. Ohne diese Festungen aber war Paris nicht mehr zu verteidigen. Der preußische Generalstabchef Moltke bestand darauf, daß neben den regulären Einheiten auch die Pariser Nationalgarde ihre Waffen niedergelegen müßte. Jules Favre, der die Verhandlungen in Versailles führte, wies verzweifelt darauf hin, daß allein der Versuch, die Nationalgarde zu entlasten, den sofortigen Sturz der provisorischen Regierung und den Aus-

Das Volk läßt sich nicht überlisten!

Um einen offenen Aufstand zu verhindern, faßte Thiers nun einen himmelstürzenden Plan. In der Nacht des 17. März sollten Militäreinheiten Montmartre, Belleville und das Quartier de la Bastille besetzen, die Kanonen derart entladen, daß sie den Polizisten überlassen wurden.

Der Plan war listig ausgeheckt, allein er scheiterte an der Wachsamkeit des Volkes. Hastig wurden Barrikaden errichtet, aufgeregt diskutierende Menschenströme umringten die Truppendetachements, die bereits Verhaftungen wieder aus der Gewalt ihrer nächtlichen Häsher befreiten. Aufgeregt gab General Leconte den Linientruppen den Befehl, in die unbewaffnete Menschenmenge am Place Pigalle zu feuern. Da erlebte er auch schon die zweite Überraschung jener Nacht. Die Soldaten weigerten sich, diesem Befehl Folge zu leisten. Statt auf Frauen und Kinder zu schießen, wurden General Leconte und General Thomas von ihren eigenen Leuten erschossen. Der Plan Thiers war gescheitert. Dieser hätte nun zwei Möglichkeiten gehabt: Erstens, kleinbeizugehen und die aufgebracht Menge durch kleinere Zugeständnisse zu beruhigen. Zweitens, neue Truppen, auf deren Loyalität Verlaß war, nach Paris zu führen und den Widerstand mit Gewalt zu brechen. Thiers entschied sich aber für eine dritte Lösung: Die gesamte Regierung floh mit ihrem Anhang (Truppen, Polizei, Verwaltung) nach Versailles. Das Volk von Paris hatte einen vollkommenen, wenn auch unerwarteten Sieg errungen.

Am Ende am 22. Mai 1871, schaffte die Commune eine neue Qualität von Staat. Der Staat und seine Funktionäre wurden wirklich zu Dignem des Volkes und nicht umgekehrt, wie es bisher der Fall gewesen war. "Mit der kommunalen Revolution, die durch die Initiative des Volkes am

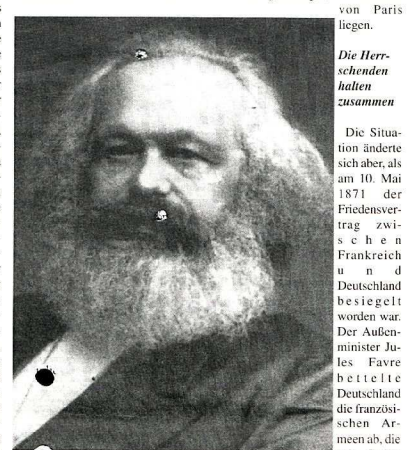
ersten Tag begannen, zunächst in einem Abmütungskrieg verwickelt, den auf Seiten der Commune zwei Berufsorganisierungen: General Cluselet, der Kriegsdelegierte der Commune und Lois Rossel, Thiers' "schönste Armee" blieb, obwohl in Anzahl und Ausrüstung überlegen, vor den Toren von Paris liegen.

Die Herrschenden halten zusammen

Die Situation änderte sich aber, als am 10. Mai 1871 der Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland besiegelt worden war. Der Außenminister Jules Favre bettelt Deutschland die französischen Armeen ab, die seit Sedan und Metz in deutscher Kriegesgesellschaft saßen und die er jetzt so dringend zur Vernichtung der Commune benötigte. Als Gegenleistung mußte Frankreich nicht nur den Elsaß und einen großen Teil von Lothringen abtreten, sondern auch eine Kriegsschädigung von 5 Milliarden Goldfranken zahlen. Bismarck erklärte sich zu diesem Handel unsober, als auch er die revolutionäre Stimmung in Paris als eine Bedrohung ansah.

Die Bourgeoisie schlägt zurück

Am Nachmittag des 21. Mai 1871 begannen die Angriffe. Thiers' Truppen fielen zuerst im Westen von Paris ein. Scharenweise wurden Nationalgardisten gefangen genommen und auf offener Straße erschossen. Neuerlich flammte der Kampfwill der Communen auf, und sie versuchten, die Angreifer an der Place de la Concorde aufzuhalten. An diesem Montag, dem 22. Mai, begann der eigentliche Kampf mit Paris. Bei der Verteidigung von Paris spielten die Frauen der Commune eine ganz besondere Rolle. Sie bildeten sogar ein eigenes Frauenbataillon und beteiligten sich aktiv am Kampf um ihre Stadt und ihre Rechte. Seite an Seite mit ihren Männern, Brüdern und Vätern stehen viele mutige Frauen im Kugelregen, unter ihnen die tapfere Lehrerin Louise Michel und die russische Revolutionärin Jelisaweta Tomanowskaja. Ein Offizier berichtet in der Zeitung "La Commune": "Am Chateaud' Eau kämpft ein junges Mädchen von neunzehn Jahren, ein



18. März begonnen wurde, setzt eine neue Ära der experimentellen, der politischen und wissenschaftlichen Politik ein; sie markiert das Ende der alten gouvernementalen und klerikalen Welt, des Militarismus, des Funktionalismus, der Ausbeutung, der Spekulation, der Monopole, der Knechtungen und dem Vaterland nur Unglück brachte", deklarieren da Manifest der Commune. "Die große soziale Maßregel der Commune war ihr eigenes arbeitendes Komitee" statuierte Karl Marx. Dieses arbeitende Dasein wahrte nicht einmal zwei Monate. Von dem Tag an, als die Commune ihre Funktion aufnahm bis zu ihrem Ende, mußte sich die Commune in eigenem Krieg behaupten, der ihr auf Leben, Lohn und Brot, waren energiegeladene Maßnahmen, um dem riesigen Elend entgegenzusetzen, das nach wie vor anhält. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, bedurfte es einer gewählten Stadtverwaltung - der republikanischen Commune der Bevölkerung.

Die Commune-Wahl

Bereits am 26. März 1871 rief das Zentralkomitee der Nationalgarde zur Commune-Wahl auf. Am 28. März wurde die Commune feierlich proklamiert. In der kurzen Zeit ihres Bestehens, von 28. März bis zu ihrem blut-

reizendes rotwangiges Geschöpf mit schwarzen Locken, als Marinesoldat gekleidet, hartnäckig den ganzen Tag lang." Doch so zäh die Kommunalen kämpften, die Bewaffnung ist unzureichend, die Munition wird knapp. Hinzu kommt Verrat. Das preußische Oberkommando läßt die Versailler Truppen durch seine Linien, verspart aber den Kommunalen den Weg und ordnet an, sie in die Hände ihrer Mörder zurückzutreiben. Im Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind, das revolutionäre Proletariat, können preußische Offiziere und französische Bourgeoisie keinen nationalen Streit. Der Kampf endete erst am 28. Mai, als die letzten Komunisten, die noch Widerstand leisteten, auf dem Friedhof Père-Lachaise niedergemacht wurden. Die Sieger

verbleibenden 61 Mandatsträger angehören, allein das Sägen. Die Commune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten und jederzeit abzählbaren Parteimitgliedern. Die Mehrzahl der Stadträte waren naturgemäß Arbeiter oder anerkannte Vertreter der Arbeiterklasse. Die Commune sollte keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, sie nahm sowohl die Gesetzgebung als auch den Vollzug der Gesetze wahr. Das bürgerliche, stehende Heer gab es in der Commune selbstredend nicht. Das Volk trug (in Form der Nationalgarde) sein Form der Polizei, bisher ein Werkzeug der Staat und somit der besitzenden Klasse, wurde nun zum verantwortlichen und jederzeit abzählbaren Werkzeuge der Commune. Ebenso die Besonderen Truppen würden alle halten können. Ver-

wüteten grausam unter der Bevölkerung von Paris. Überall in der Stadt, in den Gefängnissen und Kasernen, Parks und Festungsburgen wurden Männer, Frauen und sogar Kinder zu Massengetriebenen und in Massenrichtungen erbarungslos ermordet. Mehr als 30.000 Menschen verlieren in wenigen Tagen ihr Leben. Viele von ihnen werden zu Tode gequält. Besonders der Marquis de Gallifet, den Clemenceau später nur als "Schwein" titulierte, zeichnete sich durch seinen Sadismus und seine besondere Grausamkeit aus. Die herrschende Klasse hatte bewiesen, zu welchen Graueln sie sich bereit ist, wenn das Proletariat sich gegen seine Unterdrücker erhebt.

Organisation der Commune

Die Mitglieder der Commune spalteten sich in die „Blanquisten“, die auch im Zentralkomitee vorgeherrscht hatten, und eine Minderheit, die vorwiegend aus Anhängern der Proudhonschen sozialistischen Schule bestehenden Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation. In ihrer Mehrheit waren die Mitglieder der Commune zunächst Republikaner oder Radikaldemokraten. Von den 91 gewählten Mitgliedern der Commune erschienen am Abend des 28. März zu ihrer Konstituierung lediglich 83. Weitere 22 „gemäßigte“ Repräsentanten legten nach wenigen Tagen ihr Mandat nieder, um sich auf die Seite der zukünftigen Sieger zu schlagen. Erst danach fand die Linke, der die

reuzendes rotwangiges Geschöpf mit schwarzen Locken, als Marinesoldat gekleidet, hartnäckig den ganzen Tag lang." Doch so zäh die Kommunalen kämpften, die Bewaffnung ist unzureichend, die Munition wird knapp. Hinzu kommt Verrat. Das preußische Oberkommando läßt die Versailler Truppen durch seine Linien, verspart aber den Kommunalen den Weg und ordnet an, sie in die Hände ihrer Mörder zurückzutreiben. Im Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind, das revolutionäre Proletariat, können preußische Offiziere und französische Bourgeoisie keinen nationalen Streit. Der Kampf endete erst am 28. Mai, als die letzten Komunisten, die noch Widerstand leisteten, auf dem Friedhof Père-Lachaise niedergemacht wurden. Die Sieger

verbleibenden 61 Mandatsträger angehören, allein das Sägen. Die Commune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten und jederzeit abzählbaren Parteimitgliedern. Die Mehrzahl der Stadträte waren naturgemäß Arbeiter oder anerkannte Vertreter der Arbeiterklasse. Die Commune sollte keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, sie nahm sowohl die Gesetzgebung als auch den Vollzug der Gesetze wahr. Das bürgerliche, stehende Heer gab es in der Commune selbstredend nicht. Das Volk trug (in Form der Nationalgarde) sein Form der Polizei, bisher ein Werkzeug der Staat und somit der besitzenden Klasse, wurde nun zum verantwortlichen und jederzeit abzählbaren Werkzeuge der Commune. Ebenso die Besonderen Truppen würden alle halten können. Ver-

wüteten grausam unter der Bevölkerung von Paris. Überall in der Stadt, in den Gefängnissen und Kasernen, Parks und Festungsburgen wurden Männer, Frauen und sogar Kinder zu Massengetriebenen und in Massenrichtungen erbarungslos ermordet. Mehr als 30.000 Menschen verlieren in wenigen Tagen ihr Leben. Viele von ihnen werden zu Tode gequält. Besonders der Marquis de Gallifet, den Clemenceau später nur als "Schwein" titulierte, zeichnete sich durch seinen Sadismus und seine besondere Grausamkeit aus. Die herrschende Klasse hatte bewiesen, zu welchen Graueln sie sich bereit ist, wenn das Proletariat sich gegen seine Unterdrücker erhebt.

Organisation der Commune

Die Mitglieder der Commune spalteten sich in die „Blanquisten“, die auch im Zentralkomitee vorgeherrscht hatten, und eine Minderheit, die vorwiegend aus Anhängern der Proudhonschen sozialistischen Schule bestehenden Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation. In ihrer Mehrheit waren die Mitglieder der Commune zunächst Republikaner oder Radikaldemokraten. Von den 91 gewählten Mitgliedern der Commune erschienen am Abend des 28. März zu ihrer Konstituierung lediglich 83. Weitere 22 „gemäßigte“ Repräsentanten legten nach wenigen Tagen ihr Mandat nieder, um sich auf die Seite der zukünftigen Sieger zu schlagen. Erst danach fand die Linke, der die

reuzendes rotwangiges Geschöpf mit schwarzen Locken, als Marinesoldat gekleidet, hartnäckig den ganzen Tag lang." Doch so zäh die Kommunalen kämpften, die Bewaffnung ist unzureichend, die Munition wird knapp. Hinzu kommt Verrat. Das preußische Oberkommando läßt die Versailler Truppen durch seine Linien, verspart aber den Kommunalen den Weg und ordnet an, sie in die Hände ihrer Mörder zurückzutreiben. Im Kampf gegen den gemeinsamen Klassenfeind, das revolutionäre Proletariat, können preußische Offiziere und französische Bourgeoisie keinen nationalen Streit. Der Kampf endete erst am 28. Mai, als die letzten Komunisten, die noch Widerstand leisteten, auf dem Friedhof Père-Lachaise niedergemacht wurden. Die Sieger

verbleibenden 61 Mandatsträger angehören, allein das Sägen. Die Commune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten und jederzeit abzählbaren Parteimitgliedern. Die Mehrzahl der Stadträte waren naturgemäß Arbeiter oder anerkannte Vertreter der Arbeiterklasse. Die Commune sollte keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, sie nahm sowohl die Gesetzgebung als auch den Vollzug der Gesetze wahr. Das bürgerliche, stehende Heer gab es in der Commune selbstredend nicht. Das Volk trug (in Form der Nationalgarde) sein Form der Polizei, bisher ein Werkzeug der Staat und somit der besitzenden Klasse, wurde nun zum verantwortlichen und jederzeit abzählbaren Werkzeuge der Commune. Ebenso die Besonderen Truppen würden alle halten können. Ver-

wüteten grausam unter der Bevölkerung von Paris. Überall in der Stadt, in den Gefängnissen und Kasernen, Parks und Festungsburgen wurden Männer, Frauen und sogar Kinder zu Massengetriebenen und in Massenrichtungen erbarungslos ermordet. Mehr als 30.000 Menschen verlieren in wenigen Tagen ihr Leben. Viele von ihnen werden zu Tode gequält. Besonders der Marquis de Gallifet, den Clemenceau später nur als "Schwein" titulierte, zeichnete sich durch seinen Sadismus und seine besondere Grausamkeit aus. Die herrschende Klasse hatte bewiesen, zu welchen Graueln sie sich bereit ist, wenn das Proletariat sich gegen seine Unterdrücker erhebt.

Organisation der Commune

Die Mitglieder der Commune spalteten sich in die „Blanquisten“, die auch im Zentralkomitee vorgeherrscht hatten, und eine Minderheit, die vorwiegend aus Anhängern der Proudhonschen sozialistischen Schule bestehenden Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation. In ihrer Mehrheit waren die Mitglieder der Commune zunächst Republikaner oder Radikaldemokraten. Von den 91 gewählten Mitgliedern der Commune erschienen am Abend des 28. März zu ihrer Konstituierung lediglich 83. Weitere 22 „gemäßigte“ Repräsentanten legten nach wenigen Tagen ihr Mandat nieder, um sich auf die Seite der zukünftigen Sieger zu schlagen. Erst danach fand die Linke, der die



Proklamierung der Pariser Commune am 28. März 1871

wies sich offen als wirkungsvolles Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Später zeigte sich, daß die Sorglosigkeit der Communalen gegenüber der Lügenhaft der konterrevolutionären Massenmedien für die Macht der Arbeiterklasse nicht weniger gefährlich war, als die Bajonette und Kanonen der Bourgeoisie. Entscheidend war wohl auch das Fehlen einer revolutionären Arbeiterpartei. Ohne sie mangelte es an einer einheitlichen, zielbewußten Führung. Dennoch waren die aus heutiger Sicht vielleicht bescheidenen Maßnahmen der Commune für die damalige Epoche revolutionär. Obwohl

2. September 1870: Napoleon III. wird in der Festung Sedan gefangen genommen. 4. September 1870: In Paris wird die Republik ausgerufen. Deutschland setzt den Krieg fort. 28. Jänner 1871: Paris schließt einen Waffenstillstand mit Deutschland. Die Nationalgarde aber legt die Waffen nicht nieder. 28. Februar 1871: In Frankreich gibt es de facto zwei Regierungen; das Zentralkomitee der Pariser Nationalgarde und die von der Nationalversammlung installierte bürgerliche Regierung. 17. März 1871: Thiers' Versuch, die Waffen der Nationalgarde zu beschlagnahmen, schlägt fehl. Die Soldaten solidarisierten sich mit den Kommunalen. Es kommt zum Aufstand. Die Regierung flieht nach Versailles. 26. März 1871: Das Zentralkomitee der Nationalgarde ruft zur Communewahl auf. 28. März 1871: Auf dem Rathausplatz wird die Commune feierlich proklamiert. Über 200.000 Werktätige jubeln dem neu gewählten Rat der Commune zu. 1. April 1871: Thiers berichtet den Präfekten der Départements stolz von der großen Armee, die er in Versailles gesammelt hat. 2. April 1871: Thiers Armee schießt beim Angriff auf Paris. 10. Mai 1871: Friedensvertrag Frankreich und Deutschland. Thiers bettelt Bismarck die gefangenen französischen Soldaten ab. Im Gegenzug erhält Deutschland Elsaß-Lothringen sowie eine hohe Kriegsschädigung. 21. Mai 1871: Thiers' Truppen fallen im Westen von Paris ein. 22. Mai 1871: Der eigentliche Kampf um Paris beginnt. Die preußischen Truppen unterstützen Thiers nach besten Kräften. 28. Mai 1871: Nach langem, zähen Kampf fällt die letzten Kommunalen auf dem Friedhof von Père-Lachaise.

ZEITAFEL

Die Internationale wurde 1871 von Eugene Pottier, einem Dichter und Kämpfer der Commune unmittelbar nach der Niederlage ges. Lieben!

Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! Das Recht, wie Blut im Kraterherde, nun mit Macht zum Durbruch drängt. Reinen Tisch macht mit den Bedrängern! Heer der Sklaven wache auf! Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger, alles zu werden strömt zu Hauf.

Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefechte. Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Dennoch hat die Commune zu ihrem Untergang auch selbst beigetragen. Schwer verständlich erscheint uns heute, wie auch Marx und Engels in ihren damaligen Analysen, daß die Commune ihre Feinde ungeschoren ziehen ließ. Hätten die Communalen, als ihr Feind noch schwach war, Versailles angegriffen, wäre es vielleicht gelungen, den entscheidenden Sieg zu erringen. Statt dessen ließ man der bürgerlichen Regierung unter Thiers genügend Zeit, um ihrerseits zu rüsten und dann zum Angriff überzugehen.

Ein weiterer Fehler war, daß die Französische Bank völlig unbehelligt blieb. Diese Rücksichtnahme wurde der Commune keineswegs honoriert, ja sie beschleunigte geradezu ihren Untergang. Hätte sie sich die Milliarden zusammen bemächtigt, die in Gold, Juwelen oder Wertpapieren in den Tresoren der Banque de France lagen, hätte sie gegen Versailles weit wirkungsvoller bekämpfen können.

Ebenso verhängnisvoll war, daß die Commune zuließ, daß in Paris bürgerliche Zeitungen in täglich hunderten Exemplaren die Volksmacht verleumdete und gegen sie hetzte. Die bürgerliche Presse er-

von allen Seiten belagert, hat die Commune doch gezeigt, wozu eine Regierung auch in kurzer Zeit fähig ist, hat sie erst die Fesseln des Kapitalismus abgestreift. Die Commune war zwar kein sozialistisches Modell, aber doch eine Vorreiterin eines solchen. Sie war eine Regierung der Arbeiterklasse. Während nach der Französischen Revolution eine herrschende Klasse (der Adel) durch eine andere herrschende Klasse (die Bourgeoisie) abgelöst worden war, lag nun die Macht erstmals in den Händen der Arbeiter. "Die Commune wollte", erklärte Marx, "jenes Klassen Eigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner."

Friedrich Engels beschrieb am 20. Jahrestag der Commune ihre Bedeutung zusammenfassend mit folgenden Worten: "Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Commune an. Das war die Diktatur des Proletariats."

dennoch hat die Commune zu ihrem Untergang auch selbst beigetragen. Schwer verständlich erscheint uns heute, wie auch Marx und Engels in ihren damaligen Analysen, daß die Commune ihre Feinde ungeschoren ziehen ließ. Hätten die Communalen, als ihr Feind noch schwach war, Versailles angegriffen, wäre es vielleicht gelungen, den entscheidenden Sieg zu erringen. Statt dessen ließ man der bürgerlichen Regierung unter Thiers genügend Zeit, um ihrerseits zu rüsten und dann zum Angriff überzugehen.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drucken und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
Ein VORWÄRTS-ABO für:
5 Nummern zu €5,50 (inkl. Porto)
10 Nummern zu €5,100 (inkl. Porto)
Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
5 Nummern zu €5,100 (inkl. Porto)
10 Nummern zu €5,200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen
zu Veranstaltungen eingeladen werden
VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Wichtige Termine

- Frauenswerpunkt Teil 2, "Geschichte und Tradition der Arbeiterinnenbewegung"
- "Der britische Bergarbeiterstreik 84/85"
- "Menschenrechte in der Türkei"
- "Rosa Luxemburg"
- "Kommt Sparkart Nr. 3?"
- "Europawahlen - für ein Europa der Arbeitnehmer"

Kampffonds aktuell

56,46%
von Sonja Grusch
Unser politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder...

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU, Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Für den Aufbau einer Bewegung links von SPO und Grünen.
- Eine Revolution ist nötig...

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV.

Wien
Ortsgruppe Wien Mitte: jeden Donnerstag 19 Uhr
Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19 Uhr 30

Ortsgruppe Wien Süd: Juli und August gemeinsam mit der Ortsgruppe Wien Mitte

Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19 Uhr 30
Club International 16; Payweg 14

Ortsgruppe Wien Nord: jeden Freitag 19 Uhr
Ortsgruppe Wien Ost: jeden Montag 19 Uhr

Gewerkschaftsstämmisch für Juli und August Termine bei der Redaktion erfragen

Oberösterreich
jeden Samstag 16 Uhr
Niederösterreich
jeden Donnerstag 18.30

Infos unter: 0222/524 63 10 oder: Kaiserstr./14/11 1070 Wien



Internationales

"Der Sozialismus ist international" - Indien
Die elften Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit Indiens haben den kommunistischen Aufstiege des Hindu-Kommunismus und dessen ultrakonservativer Verbündeter bestätigt...

Mexiko: Streik der Lehrer

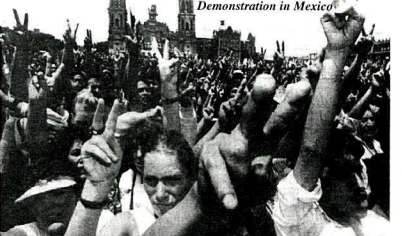
Mexico-City im Mai '96: In den Straßenzügen rund um das Erziehungsministerium verandelt sich der historische Teil der Metropole in eine Zeltstadt. Tausende Grund- und SonderschullehrerInnen und Beschäftigte der Kinderbetreuung campieren hier schon seit Wochen...

Warum seid Ihr hier und heute auf der Straße?

Eine unserer Hauptforderungen ist die nach einer ausreichenden Entlohnung. Dem während seit dem Beitritt zur NAFTA die Preise stark gestiegen sind und die Inflationsrate 17% beträgt...

Wie schaut es mit dem Organisationsrat in Euren Streik aus?

Mexico hat 32 Bundesstaaten - in 28 davon wird gestreikt, mit unterschiedlicher Beteiligung. Hier in Mexico-Stadt beteiligen sich 100% an dem Streik.



Zu Mexiko empfehlen wir unsere Broschüre um €5,25,- bei der Redaktion zu bestellen!

EU: Nichts läuft nach Plan!

Wochenlang legte der "Länderwahn" die Arbeit der EU lahm, weil die britische Regierung alle Gremien mit ihrem Veto blockierte. Welche Auswirkungen der Streik um Roastbeef hatte, zeigt, auf welch wackeligen Beinen das große EU-Projekt steht...



Überwachungs-systeme, nichts beschlossenen. Keine der dominierenden Kräfte in der EU hat eine Lösung für die gewaltigen sozialen Probleme.

von Isa Breier

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Vorwort einer weiteren neuen SOV-Publikation: Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939. So 30/7/55. Solidaritätspreis (inkl. Porto). Sie enthält neben der erwähnten Trozki'schrift eine ausführliche Einleitung von Albert Kopf...

von Markus Zaradnik

Die Entwicklungen sowohl in der Wirtschafts- wie der Außen- und "Sicherheits"-Politik zeigen, daß ein Prozeß der Vereinigung Europas auf kapitalistischer Basis nicht möglich ist. Durch den Streik in Frankreich wurde dem EU-Projekt eine gehörige Abreibung verpasst...

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Manchester in Wien

Das "Manchester" im sechsten Wiener Gemeindebezirk sieht sich als Drogenbekämpfungseinrichtung der besonderen Art. Durch Präzisionsprävention, das heißt, den Jugendlichen Freiräume zuzugestehen und durch soziale wie auch durch kulturelle Veranstaltungen will man hier das Abrutschen in die Drogenkriminalität verhindern.

von Markus Zaradnik
Ortsgruppe Wien-Ost

Für die populistische Bezirks-VP, angeführt von Kurt Pint, ist das "Manchester" ein gefundenes Fressen. Wie schon vor Jahren beim Suchtpräventionszentrum "Gamschwirt" gegen das Pint sogar eine Demonstration organisierte, sehen sie in jedem Lokal, das sich in irgendeiner Art sozial oder gar alternativ mit Jugendproblemen oder Bedürfnissen ausdehnt, eine Gefahr...

Für eine kämpferische Schülervertretung!

An insgesamt drei Tagen - zweimal im Herbst, einmal im Frühling - streikten Wiener SchülerInnen. Insgesamt beteiligten sich knapp 15.000 an den Demonstrationen der SchülerInnenAktions-Plattform (SAP).

von Markus Zaradnik,
SAP-Sprecher

Von Seiten der offiziellen SchülerInnenvertretung war nur wenig bis gar keine Unterstützung für die aktiven SchülerInnen zu haben. Ihre Aktivitäten beschränken sich auf Treffen mit verantwortlichen Politikern hinter verschlossenen Türen. Erst am Höhepunkt des Studentenstreiks begannen die SPO-SchülerInnen (AKS) ihre Pakelei mit der ÖVP-nahen SchülerInnen aufzuweichen und punktuell mit der SAP zusammenzuarbeiten...

- Mobilisierung gegen jeden Bildungs- und Sozialabbau
- Keine Zusammenarbeit mit rechten und konservativen SchülerInnenorganisationen



Spin Pint?



# Droht neue Ausländerhetze?



*Im Wiener Wahlkampf zeichnet sich ein Hauptwahlkampfthema ab: Die „Ausländerproblematik“. Sie wird vor allem von der FPÖ als Wählerstimmen bringender Dauerbrenner in den Vordergrund geschoben. Aber auch die SPÖ läßt sich wieder einmal auf einen Wettbewerb auf FPÖ - Niveau ein. Sie will beweisen, daß sie besser und konsequenter gegen Ausländer agieren können.*

Das „Paket gegen das Gürtel - Elend“  
von Nicole Hofmann  
SOV Wien Süd

Niemanden kann es ernstlich überrascht haben, daß die FPÖ die „Ausländerfrage“ zu ihrem Hauptwahlkampfthema erklärt hat. Nach dem der ohnehin sehr restriktive Reformvorschlag für das Aufenthaltsgesetz am Widerstand von F und ÖGB-Führung (!) gescheitert war, verschickte die FPÖ Hochglanzfalter mit Bezirksschwerpunkt, wobei in einigen Ausländerfeindlichkeit der überlsten Sorte verbreitet wird.

#### Immer noch kein Wahlrecht für AusländerInnen

Seit den 80er Jahren ist die Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer Beschlußlage der SPÖ. Das wurde jedoch noch immer nicht durchgesetzt. Warum? Eine Begründung wird man von der SPÖ-Führung vergeblich verlangen. Wesentlich offener steht man bei der Diskriminierung schon in Sachen „Gemeindewohnungen“. Bürgermeister Häupl begründet diesen Demokratiezug mit „demokratischen“ Argumenten: „Die Leute wollen das halt nicht.“

Vielleicht sollte er einmal die ausländischen Menschen fragen. Das ist, als hätte man nach dem Ersten Weltkrieg den Frauen das Wahlrecht verweigert, weil man zuerst die Männer fragen mußte. Häupls Versuch, Minderheitenrechte durch die Mehrheit entscheiden zu lassen, widerspricht jedem echten Demokratieverständnis. Und er überläßt die Meinungsmache dabei noch der FPÖ - die will das nämlich alles auch nicht.

Die Ö läßt sich von der FPÖ in diesem Wahlkampf bereitwillig in Richtung Ausländerwetthetzen drängen. Seit einigen Wochen geht das Schlagwort Verslummung der Gürtelbezirke durch die Medien. Die Rede ist von den fünf westlichen Gürtelbezirken, und hier vor allem um die Viertel mit hohem Ausländeranteil. Die Bezirksvorsteher der Bezirke Ottakring (Alfred Bartora - SPÖ), Rudolfsheim - Fünfhaus (Rolf Huber - SPÖ), Hernals (Robert Pfleger - SPÖ), Währing (Karl Homole - ÖVP) und Döbling (Adolf Tiller - ÖVP) haben eine Medienkampagne mit dem Titel: „Paket gegen das Gürtel-elend“ eröffnet.

#### AusländerInnen werden "freiwillig" umgesiedelt

Den ausländischen Mietern, die oft zu völlig überhöhten Mieten und Betriebskosten in heruntergekommenen „Löchern“ wohnen, wird die Schuld an der Verslummung dieser Viertel gegeben. Dem will man mit Umsiedelungen (ma, könnte auch Deportation dazu sagen) begegnen. In der Debatte ist Vokabular wie „Verdünnung des Ausländeranteils“ verwendet worden. Doch niemand weiß, wie die Umsiedelungsprojekte finanziert werden sollen, woher die Ersatzwohnungen kommen sollen, und ob das Prinzip der Freiwilligkeit auch in Praxis versichert werden kann. Abgesehen davon, daß FPÖ - und ÖVP - Bezirkspolitiker aus Stadtteilen, in die umgesiedelt werden soll, bereits massiven Protest angekündigt haben. Nun

kann man nicht leugnen, daß es in den Gürtelbezirken das Problem der Verslummung und Baufälligkeit gibt. Die Gründe liegen aber sicher nicht bei den ausländischen Mietern selbst. Eines der Probleme war zweifellos die 6 - Monatsmietverträge - Ein Paradies für Spekulanten. Durch das Abschaffen dieser Mietverträge und die Einführung der 3 - Jahresverträge hat sich das Problem jedoch nicht wirklich entschärft. Denn jetzt befristet nicht mehr nur Spekulanten, sondern alle Vermieter ihre Verträge. Ausländer erhalten - wie oben erwähnt - keine Gemeindewohnungen. Diese Ballung an Rechtslosigkeit versetzt Ausländer automatisch in eine sehr schwache Position, in der sie leicht von Miethaien erpresst werden können.

Die Bezirksämter, die Bau- und Gesundheitsbehörden haben nie wirklich Maßnahmen gegen das offenen sichtbare Spekulantenunwesen und seine Auswirkungen wie Überbelag, jahrzehntelang absichtlich verwaarloste Häuser, etc. gesetzt. Auch des Verkehrsproblems in diesen Gegenden hat sich niemand wirklich angenommen. Es wäre also sicher zu begrüßen, wenn endlich wirksame Maßnahmen gesetzt würden, die zu einer Sanierung der Gürtelbezirke führen würden. Allein das scheinen die Bezirksvorsteher nicht vorzuhaben.

Dieses „Paket gegen das Gürtel-elend“ ist wohl mehr ein Verschleiern ihres bisherigen Versagens. Es scheint als rein mediale Wahlpropaganda inszeniert und wird zu keiner Lösung führen, sondern zeigt ganz im Gegenteil die vollkommen falschen Schuldigen.

## Wahlrecht für Ausländer!

Wohl auch als Antwort auf die zu befürchtende ausländerfeindliche Hetze im Wiener Wahlkampf hat sich ein überparteiliches Personenkomitee für die sofortige Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer gebildet. Grüne Abgeordnete, sozialdemokratische Gewerkschafter, DFÖ - AK-Kammerräte und linke Betriebsräte bilden das Komitee. Für die SOV ist Peter Haumer hier aktiv. Unterstützt wird das Komitee von zahlreichen Organisationen. Folgende Aktivitäten wurden beschlossen: Ein mehrsprachiges Falblatt, eine Podiumsdiskussion, ein Fest und eine Demonstration. Zentrale Aktion ist die Abhaltung von „Parallelwahlen“.

**Achtung! Wir haben eine neue Telefonnummer: 0222/524 63 10**